

DEZEMBER 2009

29. Ausgabe VIII. Jahrgang

AUS DEM INHALT

- Koalition stellt neues Energiekonzept vor
- Klimaschutz und Effizienz im Aufwind
- Anteilskarussell weiter in Bewegung
- Bundesregierung hält an Netz AG fest

AKTUELLES

Zusätzliche tagesaktuelle Informationen zum Strom- und Gasmarkt erhalten Sie auch über unseren E-Mail-Pressespiegel »Explorer Daily«. Interesse? Bitte melden Sie sich unter: info-services@lbd.de



DIE WELT WIRD NICHT EINFACHER

Langjährige Leser des EXPLORER marktrends erinnern sich vielleicht noch an Ausgaben, die betitelt waren wie:

- »Zeit der Wandlungen«
- »Stürmische Zeiten«
- »Markt in Bewegung«
- »Die Marktentwicklung beschleunigt«
- »Das Kaleidoskop dreht sich weiter«.

»Die Welt wird nicht einfacher, aber schneller«, so hieß es bereits im Juli 2005. Und auch wenn der Strom noch immer aus der Steckdose kommt – in diesen vier Jahren hat die Energieversorgung in Teilen ihr Gesicht verändert.

Die Komplexität in der Welt der Energiewirtschaft nimmt weiter zu. Große Treiber der Entwicklung, sozusagen ihre Megatrends, sind:

- Klimaschutzziele und ihre Auswirkungen auf alle Stufen der Wertschöpfung
- Rekommunalisierung als Gegenteil zur viele Jahre vorherrschenden Privatisierung in der Energieversorgung
- Konflikt zwischen Versorgungssicherheit und Effizienz
- Spannungsfeld von Regulierung, Wettbewerb und Verbraucherschutz.

Zwei dieser Megatrends stellen wir in TRENDreports in dieser Ausgabe ausführlicher vor: Klimaschutz und der davon ausgelöste Umbruch der Energiewirtschaft sowie Rekommunalisierung und ihre Auswirkungen.

Hinzu kommen technologische Innovationen. Stichworte sind: Smart Metering, E-Mobilität und E-Energy, virtuelle Großkraftwerke aus dezentralen Erzeugungsanlagen etc. Innovationen werden als weiterer

Megatrend der Komplexitätssteigerung wirken. Im Bundeswirtschaftsministerium fand im November der 1. E-Energy-Jahreskongress statt. Wenngleich die Kluft zwischen Visionen und Pilotprojekten auf der einen Seite und ihrer Alltagstauglichkeit auf der anderen noch sehr groß ist, so zeigt sich daran doch der Vorschein einer »Schönen neuen Welt der IKT- und Energiewirtschaft« auf »Deutschlands Weg zum Internet der Energie« (beides Kongressthemen). Aber von einer alltäglichen Nutzanwendung der »intelligenten Energie« sind wir noch weit entfernt. Andererseits wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis der Konsument zum Produzenten wird: mit seinem Mini-BHKW im Keller, seinem E-Auto vor der Tür als Energiespeicher speist er selbst ins Netz ein und aus bzw. lässt dies von einem Dienstleister (z.B. seinem Stadtwerk) erledigen. Auch dies wird Wertschöpfung, Rollenverständnis und Geschäftsmodelle von Energieversorgern verändern, und beileibe nicht nur der großen Unternehmen.

Interessant wird es vor allem dann, wenn technologische Innovationen, gesellschaftliche Bedürfnisse und politischer Wille zusammen kommen und die Megatrends im Metatrend gebündelt werden. Auch dies kann die Energiewirtschaft aus anderen Branchen lernen, z.B. von der Automobilindustrie: Gestiegene gesellschaftliche Bedürfnisse nach Sicherheit, technologische Innovationen und die Durchsetzung verbindlicher Vorgaben des Gesetzgebers sorgten für die alltagstaugliche Umsetzung von: Sicherheitsgurten, Kopfstützen, Airbags, Kindersitze, Katalysatoren, EU-Richtlinien zu Crashtests etc. pp.

Ein friedliches Weihnachtsfest und einen sicheren Start ins neue Jahr wünscht Ihnen Dr. Christof Schorsch

Editorial



ENERGIE & EMISSIONEN

TRENDreport

ZENTRALER NETZREGLER – ZUKUNFTSCHANCE FÜR DEN REGELENERGIEMARKT?

Die Regelenenergiemärkte in Deutschland sind durch geringe Transparenz, geringe Liquidität und oligopolistische Strukturen geprägt. Die Einführung einer einheitlichen Regelzone kann zu mehr Wettbewerb, einer höheren Transparenz und zu erheblichen gesamtwirtschaftlichen Vorteilen führen. BNetzA und Bundesregierung haben das Problem erkannt und streben eine schnelle und effiziente Lösung an.

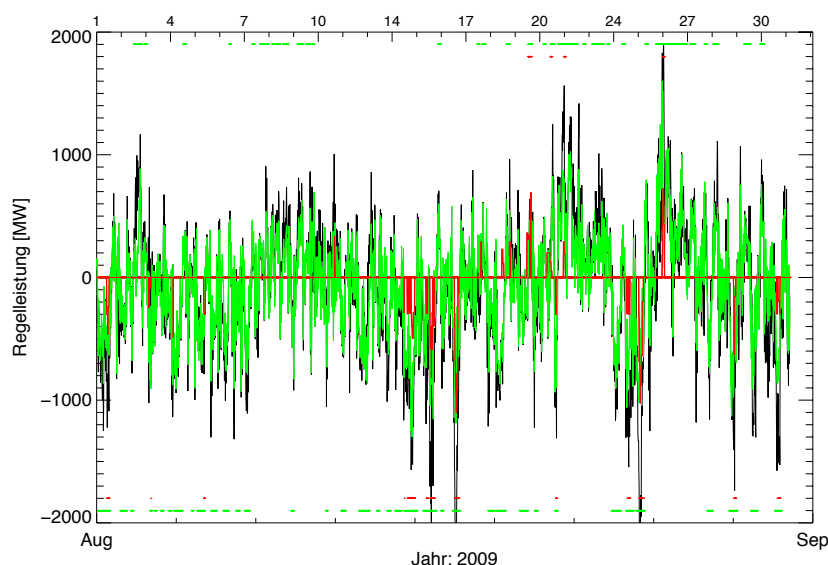
Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) favorisieren unterschiedliche Konzepte bezüglich der Systemführerschaft über das Höchstspannungsstromnetz und damit zur Schaffung einer einheitlichen Regelzone in Deutschland. Die ÜNB transpower, Vattenfall und EnBW vertreten das Konzept eines deutschlandweiten Netzregelverbundes (NRV) und haben sich seit Mai 2009 zum NRV zusammengeschlossen. Dagegen favorisiert der derzeitige Regelblockführer Amprion das Konzept des zentralen Netzreglers (ZNR).

Von LBD durchgeführte Analysen der Regelleistungsqualitäten zeigen, dass Sekundärregelleistung (SRL) sowohl im Falle getrennter Regelzonen als auch seit Anwendung des NRV über lange Zeiträume hinweg abgerufen wird. Dies lässt auf generelle technische und organisatorische Probleme bei der Bereitstellung und dem Abruf von Minutenreserveleistung (MRL) schließen. Zusätzlich ist denkbar, dass das Anbieteroligopol des Sekundärregelleistungsmarktes die Leistungs- und Arbeitspreise so gestaltet, dass der zeitlich nachrangig stattfindende und zudem wettbewerblich organisierte Minutenreservemarkt für die ÜNB wirtschaftlich unattraktiv wird.

Zentraler Netzregler ermöglicht effizienteren Einsatz von Regelenenergie

Im Vergleich der beiden Konzepte zeigen sich deutliche Unterschiede beim Einsatz von MRL in den getrennten Regelzonen und beim NRV. Vor der Gründung des NRV war es den Netzbetreibern möglich, MRL

weitaus effizienter und häufiger einzusetzen, was zu einer schnellen und effizienten Freisetzung der SRL führte. Dadurch konnte die Systemsicherheit in Bezug auf den Ausgleich nachfolgender Ungleichgewichte schneller wieder hergestellt werden. Seit Einführung des NRV erfolgt der Einsatz von MRL



Erläuterungen: Zeitliche Abhängigkeit der Regelleistung im Netzregelverbund von EnBW, transpower und Vattenfall im August 2009, Erläuterung: schwarz = Regelenergiebedarf, grün = Sekundärregelleistung, rot = Minutenreserveleistung, (Quelle: transpower, VET, EnBW, LBD-Analyse; Stand: 26.10.2009)


bei kontinuierlichem Abruf von SRL über lange Zeiträume nur noch sporadisch (siehe Grafik). Dies könnte u.a. daran liegen, dass innerhalb des bestehenden UCTE-Regelwerks vorhandene Gestaltungsspielräume zur Aufteilung der gesamten Regelleistung auf SRL und MRL durch die ÜNB zugunsten eines höheren SRL-Anteils ausgenutzt werden.

Neben dem steten Ausgleichsbedarf, aufgrund der üblichen Schwankungen von Angebot und Nachfrage, ist der Ausbau von zum Teil schwer planbaren Stromeinspeisungen aus erneuerbaren Energien, v.a. Wind, ein großer Treiber für die Entwicklung des kurzfristigen Strommarktes und dessen Liquiditätsbedarf. Das gesamte Volumen der Märkte für den EEG-Ausgleich und den Intraday-Handel sowie für die eingesetzte MRL und die SRL lässt sich nur schwer abschätzen, da es hierbei sowohl räumliche als auch sachliche Überschneidungen gibt. Die Bereitstellung der benötigten Liquidität muss innerhalb eines funktionierenden Wettbewerbsmarktes erfolgen. Dies ist derzeit aufgrund der Unterteilung der kurzfristigen Strommärkte in SRL, MRL, EEG-Reserve, Intraday-Handel (sachlich) und vier Regelzonen (räumlich) sowie der daraus folgenden Splittung der vorhandenen Liquidität nicht möglich. Durch die geringe Liquidität in den vielen kleinen Teilmärkten fehlt es an der essentiellen Voraussetzung für funktionstüchtige, kurzfristige Strommärkte.

Die sachliche und räumliche Trennung der Teilmärkte ist nicht effizient, nicht transparent und nicht wettbewerbsfreundlich. Zudem ist der wirtschaftliche Nutzen der Vorhaltung von EEG-Reserve und MRL im Vergleich zum Aufwand der Ausschreibungsverfahren und der Leistungsvorhaltung sehr gering und der vergleichsweise kleine Markt für MRL verliert gegenüber dem wachsenden Intraday-Markt stetig an wirtschaftlicher Bedeutung. Die dringend benötigte Liquidität muss daher effizient und kostengünstig vor allem dadurch geschaffen werden, dass die Märkte für Intraday-Handel, EEG-Reserve und MRL fusionieren.

Nur innerhalb einer einheitlichen Regelzone mit einem zentralen Netzregler kann der zeitliche Vorlauf im Intraday-Handel auf weniger als 15 Minuten reduziert werden. Nur bei dieser kurzen Vorlaufzeit können die derzeit getrennten Märkte für Intraday-Handel, EEG-Reserve und MRL, wie erforderlich, weiter zusammenwachsen. Allein der Liquiditätsbedarf aus dem kurzfristigen Ausgleich aufgrund von Prognoseabweichungen der Windstromeinspeisung in Deutschland kann bis zum Jahr 2020 zwischen 19 TWh und 30 TWh pro Jahr betragen, wenn man die Entwicklungsprognose der verschiedenen Interessengruppen zugrunde legt.

Die Schaffung einer einheitlichen Regelzone mit einem zentralen Netzregler und einem deutschlandweiten Intraday-Markt ermöglicht eine Bereitstellung von kurzfristiger Liquidität, die flexibler, automatisierter, schneller und transparenter ist. Diese kann dann wettbewerbsfördernd, preisdämpfend und damit verbraucherfreundlicher als jedes bisherige System wirken.



**Liquidität im kurzfristigen
Strommarkt als Voraussetzung
für den Wettbewerb**

**Wachsende Liquidität durch
Fusion der Teilmärkte**

**Ansprechpartner:
Ben Schlemmermeier, LBD
Tel.: 030.617 85 311
ben.schlemmermeier@lbd.de**

KOALITION STELLT NEUES ENERGIE-KONZEPT VOR

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat ihr neues Energiekonzept vorgestellt. Erklärtes Ziel ist, dass in einem »dynamischen Energiemix« allmählich erneuerbare Energien wie Solar- und Windkraft den Hauptanteil an der deutschen Energieversorgung übernehmen. Diese sollen so schnell wie möglich markt- und speicherfähig und ihre Einspeisung verstetigt werden. Ein Zeitpunkt, bis wann erneuerbare Energien den Hauptanteil des Energiebedarfs tragen sollen, steht noch nicht fest.

Für die Erreichung des Ziels soll das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weiterentwickelt und bis Januar 2012 eine EEG-Novelle auf den Weg gebracht werden. Dabei sollen bei der Biomasse-Verstromung organische Reststoffe gegenüber nachwachsenden Rohstoffen stärker gewichtet und bei der Solarenergie die Förderung verringert werden. An einem Ausstieg aus den Steinkohle-Subventionen wird festgehalten.

Durch freiwillige Anreize will die Regierung Privathaushalte und Wirtschaft zu einer größeren Energieeffizienz bewegen. Die bereits aus dem Jahr 2006 stammende Energiedienstleistungsrichtlinie der EU soll umgesetzt werden. Nach dieser müssen alle EU-Mitgliedstaaten bis 2016 den eigenen Energieverbrauch um 9% senken.

Weiterhin wurde eine Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 2 °C festgelegt. Dafür sollen die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 sinken.

Auch der Wettbewerb auf den Energiemärkten soll verbessert und hierfür eine sogenannte Markttransparenzstelle eingerichtet werden. Diese soll dem Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt neue Impulse geben. Ziel ist es hierbei, ein einziges und nach einheitlichen Regeln funktionierendes Marktgebiet für den Wettbewerb zu schaffen. Gleichzeitig ist geplant, in dieser Legislaturperiode den Steueranteil auf Energie für das produzierende Gewerbe auf das

Niveau der ersten Ökosteuerreform aus dem Jahr 1999 zu reduzieren. Auch sollen Einnahmen aus dem Emissionshandel teilweise an die Verbraucher gegeben werden.

ENERGIEVERBRAUCH GESUNKEN

Der Gas- und Stromverbrauch in Deutschland ist nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) nach ersten Erhebungen in den ersten neun Monaten dieses Jahres deutlich gesunken. Mit 384 Mrd. kWh wurde etwa 7% weniger Strom nachgefragt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (2008: 412 Mrd. kWh). Der Gasabsatz sank ebenfalls um etwa 7% auf 633 Mrd. kWh (2008: 680 Mrd. kWh), trotz kühlerer Witterung im ersten Quartal 2009. Das ist der stärkste Verbrauchsrückgang, den die Strom- und Gaswirtschaft seit der Wiedervereinigung Deutschlands verzeichnete.

Wichtigster Grund für den Rückgang des Strom- und Gasverbrauchs bleibt nach Angaben des BDEW die anhaltend verminderte Industrieproduktion. Die Produktionseinbußen in energieintensiven Branchen führen bereits seit Oktober 2008 zu einem niedrigeren Energiebedarf in Deutschland. Nach BDEW-Schätzungen ist der Gas- und Stromabsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres allein in der Industrie um rund 14% zurückgegangen. Die weniger konjunkturell beeinflussten Verbrauchergruppen Haushalte und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen haben hingegen insgesamt zur Stabilisierung der Energienachfrage beigetragen.

BNETZA: DEUTSCHE GASVERSORGUNG IST ZUVERLÄSSIG

Für das Jahr 2008 lag die durchschnittliche Nichtverfügbarkeit von Gas in Deutschland bei einer Minute je Letztverbraucher. Diesen Wert hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) anhand von Netzbetreiber-Berich-

ten ermittelt und bestätigt somit die hohe Versorgungszuverlässigkeit im Bereich der deutschen Gasnetze. Im Jahr 2007 lag dieser Wert noch bei etwa vier Minuten. Allerdings hat die höhere durchschnittliche Nichtverfügbarkeit des Vorjahres ihren Grund in singulären Ereignissen, wie etwa Großstörungen, erklärte Matthias Kurth, Präsident der BNetzA.

Insgesamt haben 704 Netzbetreiber für das Jahr 2008 ca. 66.900 Versorgungsunterbrechungen gemeldet, davon waren 21.000 ungeplant und 45.900 geplant. Die Betreiber von Gasversorgungsnetzen haben der Behörde gemäß § 52 EnWG jährlich über alle in ihrem Netz aufgetretenen Versorgungsunterbrechungen, die spürbare Auswirkungen auf den Letztverbraucher haben, einen Bericht vorzulegen. Dieser Bericht enthält mindestens Zeitpunkt, Dauer, Ausmaß und Ursache jeder Versorgungsunterbrechung.

IEA ERWARTET TRENDWENDE AM GASMARKT

Die Internationale Energieagentur (IEA) erwartet laut dem kürzlich veröffentlichten »World Energy Outlook 2009« eine grundlegende Wende auf dem Gasmarkt. Angesichts des Ausbaus erneuerbarer Energien und der Atomkraft sowie einer Erhöhung der Gaskapazitäten werde es einerseits weltweit zu einem wachsenden Überangebot an Erdgas und damit zurückgehenden Preisen kommen. Andererseits werde die Gasnachfrage bis 2015 um 5% sinken, bis 2030 sogar um 17% und damit verbunden die Abhängigkeit Europas von Gaslieferungen aus Russland zurückgehen.

Schon jetzt haben sich, dem Bericht zufolge, die Marktbedingungen geändert. Der Gasmarkt hat sich von einem Verkäufermarkt mit knappem Angebot und hoher Nachfrage in einen Käufermarkt mit wachsender Förderung und sinkender Nachfrage entwickelt. Bis 2015 werden die Überkapazi-

täten von Pipelines und Flüssiggasterminals auf mindestens 250 Mrd. Kubikmeter ansteigen, viermal soviel wie im Jahr 2007.

EEG-UMLAGE FÜR 2010 FESTGELEGT

Der starke Ausbau der erneuerbaren Energien wird im Jahr 2010 zu höheren Kosten führen, die über das gesetzlich festgelegte Umlageverfahren von den Stromkunden zu tragen sind. Wie der BDEW mitteilte, müssen im Jahr 2010 Verbraucher 2,047 Ct./kWh für jede verbrauchte Kilowattstunde zur Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien zahlen. Gegenüber dem für 2009 erwarteten Wert entspricht das einer Steigerung um ca. 75%. Bereits jetzt ist abzusehen, dass die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geförderten Strommengen im nächsten Jahr um etwa 21,7% gegenüber 2009 steigen werden. Deshalb werden die Vergütungszahlungen an die Betreiber von Wind-, Solarstrom- und Biomasseanlagen von 10 Mrd. Euro in 2009 auf 12,7 Mrd. Euro im Jahr 2010 steigen.

EU: 380 MIO. EURO FÜR DEUTSCHE ENERGIEPROJEKTE

Deutsche Windenergieprojekte erhalten Fördermittel der Europäischen Union in Millionenhöhe. So werden sechs deutsche Vorhaben mit insgesamt etwa 380 Mio. Euro gefördert. Dies ist Teil eines Gesamtpakets der EU mit einem Volumen von mehr als 1,5 Mrd. Euro für 15 Projekte zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) und zur Offshore-Windenergie-Erzeugung.

Von der EU erhält das CCS-Demonstrationskraftwerk von Vattenfall im brandenburgischen Jänschwalde 180 Mio. Euro. Deutsche Offshore-Windenergie-Projekte erhalten insgesamt 200 Mio. Euro. Dazu zählen die Windparks »Borkum West II« (42,71 Mio. Euro), »Bard I« (53,1 Mio. Euro),



»Nordsee Ost« (50 Mio. Euro) und »Global Tech I« (58,55 Mio. Euro). Das von Deutschland, Dänemark, Schweden und Polen geplante Gemeinschaftsprojekt »Kriegers Flak« erhält 150 Mio. Euro.

ERSTER DEUTSCHER OFFSHORE-WINDPARK FERTIGGESTELLT

Der erste deutsche Offshore-Windpark, alpha ventus, ist fertiggestellt worden. Nach Angaben des Betreiberkonsortiums aus EWE, E.ON, Vattenfall, Deutsche Offshore-Testfeld und Infrastruktur GmbH (DOTI) ist er weltweit der erste Windpark auf See, in dem zwölf Anlagen der 5-MW-Klasse zum Einsatz kommen. Die Bauzeit für alle Windturbinen betrug insgesamt sieben Monate.

Sechs Windkraftanlagen des Parks sind seit August im Probebetrieb, wodurch bereits 13 Mio. kWh Strom in das deutsche Netz eingespeist wurden. In den kommenden Wochen sollen nun die weiteren sechs Anlagen schrittweise in Betrieb genommen werden. Der 250 Mio. Euro teure Windpark soll künftig pro Jahr eine Strommenge produzieren, mit der etwa 50.000 Haushalte versorgt werden können. Weitere Offshore-Windparks vor Borkum und anderen Inseln befinden sich bereits in der Planung oder im Bau.

KOMMUNALE GASBESCHAFFUNGS-PLATTFORM GESTARTET

Ab sofort erfolgt der Erdgasbezug von 18 südbayerischen Versorgern über eine gemeinsame Beschaffungsplattform. Die Plattform Energie GmbH, die von südbayerischen Stadtwerken und der Erdgas Südbayern gegründet wurde, steht weiteren Gesellschaften offen. Statt wie früher stichtagsbezogen einzukaufen, können die an Plattform Energie beteiligten Unternehmen das benötigte Erdgas nun nach den

aktuellen Marktentwicklungen beziehen. Das Unternehmen startet für das Geschäftsjahr 2010/2011 mit einer Beschaffungsmenge von ca. 5 Mrd. kWh.

EEX VERSTEIGERT EUROPÄISCHE EMISSIONSBERECHTIGUNGEN

Die European Energy Exchange AG (EEX) wird im Auftrag des Bundesumweltministeriums die Primärmarktauktion für europäische Emissionsberechtigungen (EUA) in Deutschland durchführen. Die EEX erhielt den Auftrag des Ministeriums für die im Januar 2010 beginnende regelmäßige Versteigerung.

Damit wird in Kooperation mit der Eurex auf ein Konzept gesetzt, nach dem die Emissionsberechtigungen am einfachsten und sichersten über die Plattform der EEX zur Versteigerung angeboten werden, wo auch der weitere Handel der Berechtigungen transparent und geregelt stattfindet. Der Weg für Auktionen wurde in der Emissionshandels-Versteigerungsverordnung der Umweltbehörde geebnet, die Anfang Juli 2009 vom Bundestag verabschiedet worden war. Für die Jahre 2010 und 2011 werden jährlich 10% der deutschen Emissionsberechtigungen versteigert.

ENDKUNDEN

TRENDreport

FRISCHER WIND ODER RAUES KLIMA?

Klimaschutzmaßnahmen sind unumgänglich und werden zu einem radikalen Umbruch in der Energiewirtschaft führen. Darüber waren sich die Vertriebsexperten beim letzten LBD-Erfahrungsaustausch Vertrieb Anfang November einig. Darin wurden das Thema Klimaschutz als Megatrend und die Entwicklung einer Vision 2020 für Stadtwerke diskutiert.

Über die Reduktion der Treibhausgasemissionen und der daraus resultierenden Begrenzung des Klimawandels besteht international Übereinstimmung. Der Temperaturanstieg soll auf 2°C begrenzt werden – aber was heißt das konkret? Die Verhandlungsposition der EU für den Weltklimagipfel in Kopenhagen beinhaltet folgende Reduktionsziele (jeweils gegenüber 1990):

- 20% bis 2020 für die EU, mit einer Aufstockung auf 30%, falls andere entwickelte Länder ebenfalls Reduktionsverpflichtungen übernehmen
- 50% für globale Emissionen und 80% bis 95% in den entwickelten Ländern bis 2050

Die Vermeidung von Treibhausgasemissionen ist eine globale Aufgabe, die lokales Handeln erfordert. Eine gerechte Verteilung verlangt nach einem ökologischen und finanziellen Umverteilungsprozess. Die führenden Industriestaaten müssen als Verursacher ihre Treibhausgasemissionen auf einen Zielwert pro Kopf, gemessen an einer wachsenden Weltbevölkerung, reduzieren. Durch entsprechende Transferzahlungen an die ärmsten Länder und an die Schwellenländer sollen deren Lasten aus dem Klimawandel bewältigt werden.

Die Erreichung der Klimaschutzziele wird sich auf alle Bereiche des täglichen Lebens auswirken, insbesondere aber auf die Energieinfrastruktur. So wird es in der Energieerzeugung in der ersten Phase zum verstärkten KWK-Ausbau als Übergangstechnologie kommen. In der zweiten Phase werden Anlagen in den Vordergrund treten, die vollständig regenerativ erzeugte Energien bereitstellen. Langfristig lassen sich die Reduktionsziele nur erreichen, wenn die Strom- und Wärmeerzeugung vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt wird – die Zukunft ist eine rein regenerative Welt.

Der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien in der Wärmeversorgung funktioniert nur bei gleichzeitiger Schaffung einer offenen Wärmeplattform, die sich auszeichnet durch

- eine dezentrale Erzeugungsstruktur,
- eine Einbeziehung möglichst aller Wärmesenken,
- eine dichte Transportinfrastruktur und
- einen flächendeckenden Einsatz von Wärmespeichertechnologien.

Alle nachhaltigen Wärmequellen müssen vollständig ausgeschöpft werden. Jeder kann Erzeuger sein. Eine solche Wärmeplattform stellt neue Anforderungen an die Weiterentwicklung des Wärmenetzes. Dafür muss ein neues Geschäfts- und Netzzugangsmodell geschaffen werden. Darüber hinaus wird in innovativen Gebäudekonzepten (Energie-Plus-Haus) perspektivisch auch regenerativer Strom zur alleinigen Wärmeversorgung eingesetzt.

Angestrebte Reduktionsziele

Auswirkungen der
Klimaschutzziele



Auf der kommunalen Ebene führt dies dazu, dass Stadtwerke sich neu positionieren müssen:

- Rückbau nicht mehr benötigter Gasversorgungsinfrastruktur
- Ausbau des Wärmenetzes mit integrierter Vernetzung dezentraler Wärmequellen
- Ausbau der Stromnetze zur Sicherung des Temperaturniveaus aus regenerativem Strom
- Ausbau der Energieeffizienzdienstleistungen
- Ausbau intelligenter Systeme zur Optimierung zwischen Erzeugung und Nachfrage
- Anpassung von Temperaturniveau und Heizungsart (Flächenheizung) beim Verbraucher sowie Integration der Kleinsterzeugung.

Energieversorger werden perspektivisch ihre heutigen Rohstoffkosten gegen Infrastrukturkosten einer vernetzten, regenerativen Welt »tauschen«. Noch sind das genaue Ausmaß, die Lastenverteilung und die Terminkette oben skizzierter Auswirkungen und damit die Vision für Stadtwerke aus Sicht der Vertriebsexperten unklar. Verständlicherweise wird vor dem Hintergrund von Investitionen und deren Finanzierung der Ruf nach kalkulierbaren Rahmenbedingungen für die Energieunternehmen lauter. Aus heutiger Sicht wird dies nicht möglich sein. Ein Weg des schrittweisen Probierens von Teillösungen vor dem Hintergrund der komplexen Fragestellungen (technologische Entwicklung, Infrastrukturvernetzung, Umgang mit Gebäudealtbestand etc.) scheint praktikabler.

Des Weiteren bedarf es tiefergehender Analysen für unterschiedliche Szenarien der Wärme- und Stromversorgung. So wird sich der nächste Erfahrungsaustausch im April 2010 ganz dem Thema »Klimaschutz und dessen Auswirkungen auf den Energievertrieb« widmen. Anhand von Musterbetrachtungen für ausgesuchte städtebauliche Cluster soll unter anderem diskutiert werden, welche Rahmenbedingungen und Marktentwicklungen denkbar sind, welche Technologien eine Rolle spielen, wie die Wirtschaftlichkeit einzuschätzen ist und welche Strategien erfolgversprechend sein können.

Ansprechpartner:
Thomas Imber, LBD
Tel.: 030. 617 85 328
thomas.imber@lbd.de

KLIMASCHUTZ UND EFFIZIENZ IM AUFWIND

Eine Vielzahl von Energieversorgern hat sich den Themen Klimaschutz und Effizienz bereits mit Nachdruck angenommen.

So will die MVV Energie den Anteil an erneuerbaren Energien an ihrem Erzeugungsportfolio bis zum Jahr 2020 von derzeit etwa 17% auf 30% ausbauen. Die Investitionsschwerpunkte sieht das Unternehmen dabei in der Windenergie und der Biomasse.

Nachdem bereits LichtBlick mit dem ZuhauseKraftwerk und GASAG mit dem WhisperGen™ Mikro-BHKW-Anlagen vertreiben,

ist auch die Dortmunder Energie- und Wasserversorgung DEW21 ab 2010 mit einem solchen Produkt auf dem Markt vertreten. Dieses ist sowohl für Ein- und Zweifamilienhäuser als auch für kleine Gewerbekunden konzipiert und kostet ca. 15.000 Euro. Eine Contracting-Lösung soll auch angeboten werden. Die Stadtwerke Bielefeld führen derzeit einen Feldversuch zusammen mit der Wohnungsgesellschaft BGW in Bielefeld durch.

Die Stadtwerke München bauen parallel zu ihrer »Ausbauoffensive Erneuerbare Energien« die Fernwärme in München in den nächsten Jahren für über 200 Mio. Euro aus. Mit dem geplanten Neuanschlusswert

von 700 MW können etwa 120.000 weitere Münchner Wohnungen mit Fernwärme versorgt werden.

Einen anderen Weg geht derzeit die EnBW. Unter dem Motto »Weniger Verbrauch geht auch« sollen Kunden dem Versorger berichten, wie sie Energie effizient nutzen und dieser sie dabei unterstützt. Dadurch will die EnBW Informationen erhalten, wie sich Energieeffizienz im Alltag umsetzen lässt.

NEUE ANGEBOTE FÜR GESCHÄFTSKUNDEN

RWE bietet ab sofort Stadtwerken und Regionalversorgern ein variables Gesamtpaket zum Thema Elektromobilität an. Darin enthalten ist neben einer vollständigen Ladeinfrastruktur u.a. auch die Vermittlung von Elektrofahrzeugen, die Unterstützung beim Auflegen eigener Elektromobilitätsangebote für Endkunden und eine Lieferung von Ökostrom.

PCC Energie, die seit Anfang Oktober auch bundesweit Gas für Mittelstandskunden anbietet, führt derzeit in vier bayrischen landwirtschaftlichen Betrieben ein Pilotprojekt zur Steigerung der Energieeffizienz durch. Durch die Installation von Smart Meter und der von PCC entwickelten Software ergab sich nach der Datenanalyse ein Einsparpotenzial zwischen 5% und 10%.

ANBIETER- UND PRODUKTVIELFALT

Die neue Internet-Strommarke strasserauf ist seit Kurzem am Energiemarkt vertreten und vermarktet bundesweit Ökostrom. Den Vertrag kann der Kunde mit dem sogenannten Bali-Button für maximal zwei Monate pro Jahr (2x1 Monat oder 1x2 Monate) ruhen lassen. Hinter dem Versorger stehen dem Vernehmen nach die Kommunalunternehmen aus Dortmund, Duisburg und Oberhausen sowie die Energie Nordeifel.

Mit einem ebenfalls bundesweit verfügbaren Stromangebot ist E.VITA in den

Wettbewerb gestartet. Der Versorger ist aus einem schwäbischen Familienunternehmen hervorgegangen und konzernunabhängig. Privat- und Gewerbekunden können Normal- und Ökostrom mit einjähriger Preisgarantie beziehen.

Auf dem regionalen Strommarkt ist nun auch der Kieler Versorger enqu aktiv und bietet deutschlandweit Strom für Privat- und Gewerbekunden an. Eine Versorgung mit Gas ist für April 2010 geplant. Der nach eigenen Angaben unabhängige Versorger kann bislang in 40 Netzgebiete liefern.

BILD Energie vertreibt seit Anfang Dezember bundesweit Gas. Das Kooperationsprojekt der Axel Springer AG und XOOOL, einem White-Label-Unternehmen des Energiedienstleisters GETEC Energie, bietet den Kunden Tarife ohne Kautionszahlungen, Vorkasse oder Mindestvertragslaufzeit an.

TelDaFax vertreibt seit Anfang November in ganz Deutschland Gas. Nachdem bereits seit Ende September das Unternehmen im gesamten L-Gas-Gebiet mit einem Gasanbot vertreten war, wurden nun die letzten offenen H-Gas-Gebiete erschlossen.

Seit Oktober bietet auch das kommunal geführte Unternehmen energiehoch3, ein Tochterunternehmen der Stadtwerke Bochum und der GELSENWASSER AG, bundesweit Erdgas an und hat bereits über 20.000 Gaskunden gewonnen.

Damit gibt es derzeit zusammen mit LichtBlick und E WIE EINFACH fünf bundesweite Gasanbieter in Deutschland.

AKTUELLE PREISANPASSUNGEN

Auf dem Gasmarkt planen derzeit 33 Anbieter, die Gaspreise um durchschnittlich 6,4% zu senken, mindestens 47 Versorger kündigten Preiserhöhungen um ca. 4,7% an.

Mindestens 98 Stromversorger wollen ab Januar 2010 die Preise um durchschnittlich 6,4% anheben, 26 Unternehmen kündigten zum Jahreswechsel eine Preissenkung um durchschnittlich 3,1% an.



EXPANSION

TRENDreport

REKOMMUNALISIERUNG ALS MEGATREND

In der öffentlichen Diskussion stehen Stadtwerke in einem Spannungsfeld zwischen unterstellter Sippenhaft mit den Großen Vier, Ökologie und Nachhaltigkeit sowie der Wiederentdeckung der kommunalen Energiewirtschaft.

Einer von vier »Megatrends«, der Energieversorgungsunternehmen in Zukunft bewegen wird, ist Rekommunalisierung. Rekommunalisierung ist die Antwort der Kommunalpolitik auf schwindendes Vertrauen der Menschen in die Glaubwürdigkeit und das Handeln der Energiekonzerne sowie Ausdruck des Wunsches, die lokale Politik energie- und klimapolitisch zu gestalten.

Veränderte Wahrnehmung gegenüber Energieversorgern

Die vier großen Energiekonzerne (EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall) leiden unter einem gewaltigen Vertrauensverlust. Ursachen liegen in der Entfernung der Unternehmen zu den Menschen, Gewinnmaximierung als Treiber der Preispolitik und in der mangelnden Transparenz über Preise und Produkte. Die Wahrnehmung der Menschen aus den Ereignissen der Finanzkrise verstärkt diese Empfindungen noch. Die Bindung zu lokalen Energieversorgungsunternehmen ist dagegen extrem hoch. In der Regel ist der Marktanteil eines Stadtwerks bei der Versorgung von Haushalten und Gewerbe mit Strom und Erdgas heute über 90%, wohingegen die nationalen Energiekonzerne erheblichen Marktanteil verloren haben.

Die Vertrauenskrise geht mit energiepolitischen Gestaltungswünschen der Kommunalpolitik in Bezug auf Klimaschutz und Verbraucherschutz einher (vgl. z.B. City Climate Conference, Hamburg 2009). Es ist offensichtlich geworden, dass die Gemeinden, die über ein kommunales Energieversorgungsunternehmen verfügen, mehr Gestaltungsoptionen haben als die Gemeinden, die ihr Unternehmen privatisiert haben.

Im Spannungsfeld zwischen Subsidiarität (der Private kann es besser als der Staat) und Finanzpolitik (der Privatisierungserlös ist ein erforderlicher Beitrag zur Haushaltssanierung) einerseits sowie kommunaler Handlungsfähigkeit in Bezug auf Klimaschutz und Verbraucherschutz andererseits, haben sich die Gewichte verschoben: den Privatisierungsprozessen der 90er Jahre folgt eine Rekommunalisierungswelle, nicht nur in der Provinz, sondern auch in den Großstädten (siehe EXPLORER markttrends Nr. 26 vom Mai 2009, S. 10 und Nr. 28 vom Oktober 2009, S. 10). So wurde mit Hamburg Energie in der zweitgrößten Stadt Deutschlands ein kommunales Energieversorgungsunternehmen aufgebaut. In Berlin denkt die rot-rote Koalition darüber nach, die Vattenfall-Anteile (32%) an der GASAG zu kaufen bzw. ein Stadtwerk zu gründen. Auch in Stuttgart wird über ein eigenes Stadtwerk diskutiert.

Wachsende Bedeutung von kommunalen Netzwerken

Im Zuge dieser Entwicklung wächst die Bedeutung von kommunalen Netzwerken und horizontalen Kooperationen für Stadtwerke auf allen Wertschöpfungsstufen. Besonders zur Kompensation von Größennachteilen in Erzeugung und Großhandel ist dies unerlässlich. Ebenso werden neue Regulierungsanforderungen und Aufgaben aus Messstellenbetrieb und Messdienstleistungen (MSB/MDL) in Kooperationen und kommunalen Netzwerken gelöst. Beispielsweise bietet das Stadtwerke-Netzwerk utilicount Dienstleistungen für Smart Metering an.

Vorteile von Stadtwerken sind Regionalität und Kundennähe, die in der Kundenkommunikation als Alleinstellungsmerkmale in den Vordergrund rücken müssen. Kommunale Netzwerke sind bei Vertriebsaktivitäten zu berücksichtigen, jedoch bieten auch die

(ländlichen) Vertriebsgebiete der Großen Vier Chancen für rentables Wachstum. Gemeinsam mit dem Vertrieb und der Kommune erweitern Contractinglösungen das Portfolio.

In Bezug auf Energienetze ist es zum einen das Ziel, vorhandene Konzessionen durch enge Zusammenarbeit mit dem kommunalen Gesellschafter zu erhalten. Zum anderen bieten auslaufende Konzessionen im Umland Ansatzpunkte für regionales Wachstum unter Einbeziehung der dortigen Kommunen. So haben sieben Kommunen gemeinsam mit den Technischen Werken Friedrichshafen und dem Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige das Regionalwerk Bodensee gegründet.

Mit einer hinreichenden Beteiligung an Stadtwerken können Kommunen ihre Aufgabe zur Regionalentwicklung und zum Klimaschutz wahrnehmen und auf die Unternehmenspolitik Einfluss nehmen. Gemeinsam mit einem Zielkatalog bildet die Formulierung eines kommunalen Leitbilds zu Energie und Umwelt die Grundlage der Zusammenarbeit mit den Stadtwerken. Das Controlling wird um Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie und Soziales) als Steuerungsgröße erweitert. Auch andere interne Unterstützungs- und Steuerungsprozesse müssen den erforderlichen Wandel hin zu Kunden- und Dienstleistungsorientierung begleiten. Hier sind unter anderem Personalentwicklung, Recht und IT gefragt.

Aus kommunaler Sicht erforderlich ist auch die Lösung des Konflikts zwischen Versorgungssicherheit und Effizienz. Die Antwort darauf, wie die Effizienz gesteigert werden kann, liegt in den »vertikalen« Synergien der Integration der kommunalen Infrastrukturen rund um die Straßenoberfläche: Straßen, Wege, leitungsgebundene Energie, Wasser, Beleuchtung, Kommunikation usw. Die Aufstellung der Stadtwerke im Querverbund ist ein Anfang, die Zukunft geht mit Kommunalem Infrastrukturmanagement (KIM) darüber hinaus. Es entstehen Kostenvorteile durch Synergieeffekte sowohl für das Stadtwerk als auch für die Kommune. Die Kernaufgabe der Kommune der Zukunft ist es, den Menschen eine effiziente und damit bezahlbare Infrastruktur bereitzustellen.

Entscheidend wird auch sein, wie Kommunen und Stadtwerke mit dem Megatrend Klimaschutz umgehen werden. Klimaschutz als Veränderungstreiber im Energiemarkt ist in dieser Ausgabe auf S. 7 ein eigener TRENDreport gewidmet.

Kommunales Infrastrukturmanagement (KIM)

Ansprechpartner:
Dr. Christof Schorsch, LBD
Tel.: 030.617 85 341
christof.schorsch@lbd.de

ANTEILSKARUSSELL WEITER IN BEWEGUNG

Mit der 100%-igen Übernahme der niederländischen Essent wird RWE zu einem der führenden Energieversorger in der Benelux-Region. Der Wert der Übernahme beläuft sich auf etwa 7,3 Mrd. Euro. RWE hatte zuvor mit der Veräußerung der Mehrheitsbeteiligung von 51% an den Stadtwerken

Bremen die Auflage der EU-Kommission zur Freigabeentscheidung für die Essent-Übernahme erfüllt. Der Erwerber der Beteiligung ist die Stadt Bremen.

Bayerngas erwirbt von citiworks deren sämtliche Anteile an actogas und ist nun im vollständigen Besitz des Münchner Gashandelsunternehmens, das 2003 von beiden Unternehmen gegründet wurde. Die Hauptaktivitäten von actogas liegen in



Deutschland, Österreich, Dänemark sowie den Niederlanden.

Der westmecklenburgische Energieversorger WEMAG wird demnächst mehrheitlich wieder im Besitz von 268 Städten und Gemeinden sein. Der Kommunale Anteilseignerverband stimmte nun mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit der mehrheitlichen Übernahme des Unternehmens zu. Die Kartellbehörde muss dem Verkauf noch zustimmen.

Der Verkauf der Thüga AG ist abgeschlossen. E.ON und das kommunale Erwerberkonsortium Integra/KOM9 haben die entsprechenden Verträge in Berlin unterzeichnet. Es wurde ein Bar-Kaufpreis von ca. 2,9 Mrd. Euro vereinbart. Das Bundeskartellamt hatte der Transaktion zugestimmt.

KOOPERATIONEN: ÜWG/ZWECKVERBAND RIEDWERKE UND MITGAS/ENVIAM

Der Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau und die Überlandwerk Groß-Gerau (ÜWG) haben die EnergieTechnik Rhein-Main GmbH (ETech) gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten und Projekten zur rationellen Nutzung von Primärenergie und zur Erhöhung der Energieeffizienz.

Auch der Kooperationsvertrag zwischen MITGAS und enviaM soll noch in diesem Jahr besiegelt werden. Geschäftsprozesse wie Vertrieb, Netzservice, Einkauf und IT-Steuerung sollen zusammengeführt werden.

GROSSES INTERESSE AN GESO

Die Stadt Dresden hat die Verträge mit den Miteigentümern der DREWAG (GESO 35% und Thüga 10%) fristgerecht zum 31. Dezember 2012 gekündigt und beginnt

nun mit dem Rückkauf. Darüber hinaus ist die Sächsische Landeshauptstadt an einem kompletten Erwerb der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG, einer 100%-igen Tochter von EnBW, interessiert. Im Verbund mit 164 ostsächsischen Kommunen will Dresden so einen regionalen Versorger schaffen. Weitere Bieter für die GESO sind u.a. der tschechische Staatskonzern CEZ, die Finanzinvestoren Macquarie und EQT sowie die Versorger GELSENWASSER und GASAG.

Wie EnBW kürzlich mitteilte, ist das Unternehmen grundsätzlich bereit, seine Anteile an der GESO abzugeben. Damit erfüllt EnBW eine kartellrechtliche Auflage aus dem erfolgten Anteilsverkauf in Höhe von 26% an EWE. EnBW wird nun in den kommenden Monaten den Verkauf der GESO-Anteile mit verschiedenen Bietern endverhandeln. Zugleich hat der Aufsichtsrat einer Verlängerung des Kaufvertrages und damit der Kaufoption für die von der EWE an VNG gehaltenen Anteile in Höhe von 47,89% zugestimmt.

EFFIZIENZ

TRENDreport

EFFIZIENZ IN DER BESCHAFFUNG DURCH MAKE-OR-BUY-ENTSCHEIDUNGEN UND RISIKOSTEUERUNG

»Welchen tatsächlichen Deckungsbeitrag erwirtschaftet die Beschaffung?«, »Wie groß sind die Auswirkungen des realisierten Marktpreisrisikos?«, »Wie groß ist der Nutzen der täglichen Beschaffungsoptimierung?« – Diese Fragen können viele Versorgungsunternehmen nicht eindeutig beantworten. Worin dies begründet liegt und welche Lösungsansätze zur Verfügung stehen, soll im Folgenden erklärt werden.

Durch die Veränderungen des Beschaffungsmarktes bezüglich neuer Handelsmärkte und Produkte, kürzere Vertragslaufzeiten, zunehmende Liquidität und die sich vergrößernde Preisvolatilität sinkt die Effizienz in der Beschaffung, wenn sich die Versorgungsunternehmen nicht an die neuen Gegebenheiten anpassen. Die großen Leitsätze sind »tägliche Beschaffungsoptimierung«, »Deckungsbeitragsrechnung in der Beschaffung« und »Transparenz in den Risiken und der Nutzung des Risikokapitals«. Dabei entstehen jedoch Probleme bei der Umsetzung.

Für die tägliche Beschaffungsoptimierung, die Bewertung der Risiken und die Durchführung von Optimierungs- und Steuerungsmaßnahmen fehlt häufig das notwendige Know-how beim Personal. Der Rolle des Risikomanagers wird oftmals zu wenig Bedeutung beigemessen. Dieser erstellt die Risikoberichte, ohne dabei jedoch entsprechende Handlungskompetenzen zu besitzen. Zusätzlich erreichen kleinere Versorger nur schwer die Mindestmengen für eine Beschaffung am Spotmarkt. In diesem Fall ist zu prüfen, ob die Engpässe über die Beauftragung eines Beschaffungsdienstleisters behoben werden können, der auf Basis der vorgegebenen Strategien und Richtlinien Beschaffung und kurzfristige Beschaffungsoptimierung vornimmt.

Für die Beauftragung eines Beschaffungsdienstleisters gibt es hinsichtlich des Aufgabenumfanges verschiedene Ansätze. Je nachdem, ob der Dienstleister mehr oder weniger Entscheidungsfreiheit bezüglich der Beschaffung zugesprochen bekommt, wird die Verantwortung für bestimmte Risiken auf ihn übergehen. Wird ihm beispielsweise freigestellt, über welche Handelspartner er beschafft, so trägt er das Wiedereindeckungs- bzw. das »Klumpenrisiko« (kumulative Häufung von getätigten Geschäften mit einem einzelnen Geschäftspartner).

Beim Portfolio- und Risikomanager im EVU verbleiben folgende Aufgaben:

- die Einhaltung der Richtlinien sicherstellen
- das Bereitstellen von Beschaffungspreisen und Risikozuschlägen
- das Controlling für Beschaffung und Risikomanagement

Zentrale Aufgabe des Controlling ist die Ermittlung des Beschaffungs- und Vertriebsergebnisses. Dafür müssen die kalkulierten Deckungsbeiträge dem tatsächlich erreichten Deckungsbeitrag gegenübergestellt werden. Aus den Ergebnissen können Aussagen über die Höhe eingetretener Risiken, Anpassung von Limiten oder Anpassung von Risikozuschlägen generiert und eine kontinuierliche Risikosteuerung vorgenommen werden. Die folgende Abbildung soll dies verdeutlichen.

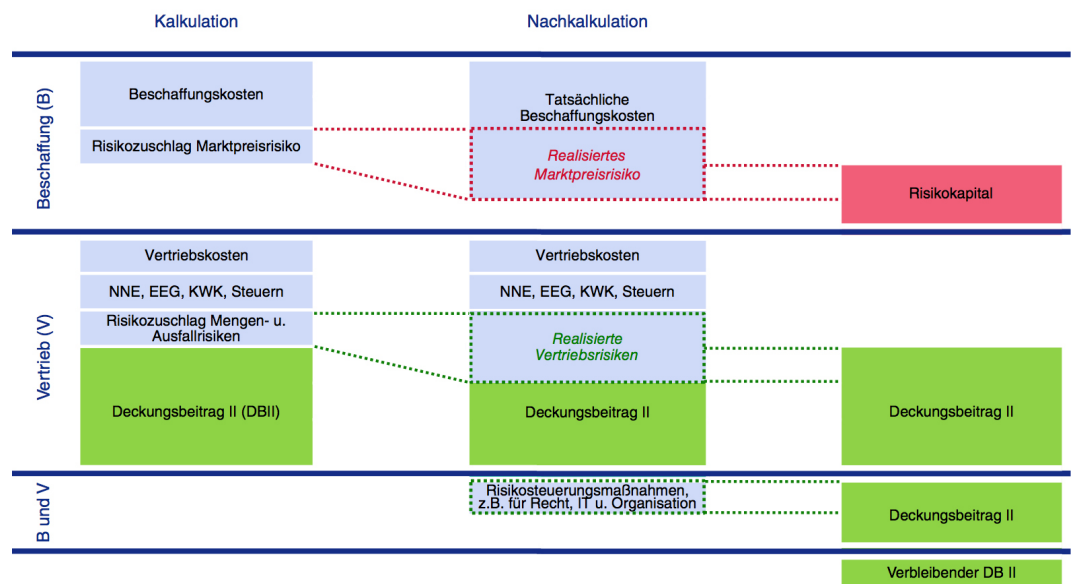
Veränderungen in der Beschaffung

Kurzfristige Beschaffungsoptimierung

Make-or-Buy-Entscheidung

Risikosteuerung





Erläuterungen: Deckungsbeitragsrechnung

Lösungsansätze entwickeln
und umsetzen

Für die Deckungsbeitragsrechnung müssen die Risiken identifiziert werden, die in der Beschaffung oder im Vertrieb entstehen. Für jedes dieser Risiken muss festgelegt werden, wie sich der Aufwand für das realisierte Risiko berechnet und ob dieser Aufwand über einen kalkulationsrelevanten Risikoaufschlag, das Risikokapital oder über den Deckungsbeitrag II (DB II) ausgeglichen wird.

Für eine genauere Ermittlung des Beschaffungsergebnisses und mehr Transparenz sind die direkt ermittelbaren Risiken der Beschaffung (bspw. Marktpreisrisiko) aus dem Risikokapital und die Risiken des Vertriebs über den DB II glatt zu stellen. Ziel sollte es sein, eine differenzierte Risikoidentifikation durchzuführen und dadurch die sonstigen Aufwände aus realisierten Risiken im DB II so gering wie möglich zu halten.

Ansprechpartner:
Nicole Folta, LBD
Tel.: 030. 617 85 312
nicole.folta@lbd.de

BUNDESREGIERUNG HÄLT AN NETZ AG FEST

Die neue Bundesregierung plant eine Zusammenführung der Übertragungsnetze im Strom in eine unabhängige Netzgesellschaft. So soll alternativen Stromanbietern der Zugang zu den Netzen erleichtert und

der Wettbewerb verstärkt werden. EnBW und RWE lehnen den Verkauf ihrer Netze allerdings strikt ab.

E.ON wird sein Höchstspannungsnetz zum 31. Dezember 2009 an den staatlichen niederländischen Netzbetreiber TenneT verkaufen. Die regionalen Verteilnetze, die den weitaus größten Teil des E.ON-Netzge-

schäftes bilden, sind von diesem Verkauf nicht betroffen. Der Kaufpreis beträgt vorläufig 1,1 Mrd. Euro, die Kartellbehörde muss dem Verkauf noch zustimmen.

Vattenfall hat kurz vor dem Abschluss der Verhandlungen mit den Finanzinvestoren eines Konsortiums aus Deutsche Bank, Allianz und Goldman Sachs über den Verkauf seines Hochspannungsnetzes in Deutschland das Verfahren noch einmal eröffnet. Der Konzern will einen höheren Preis als die im Raum stehenden 500 Mio. Euro für das 9.500 Kilometer lange Stromtransportnetz erzielen. Deshalb hat Vattenfall Gespräche mit weiteren Interessenten aufgenommen und will sich nun mehr Zeit nehmen.

E.ON und Vattenfall haben sich für eine Trennung von ihren Netzen entschieden, da deren Netzgebiete an die Nord- und Ostseegrenzen und die Konzerne gesetzlich dazu verpflichtet sind, Strom aus Offshore-Windparks in diese Netze einzuspeisen. Um dies zu gewährleisten, sind hohe Investitionen seitens der Netzbetreiber notwendig. RWE und EnBW dagegen haben keinen Investitionsstau in ihren Hochspannungsnetzen und sind daher gegen einen Verkauf.

Die Bundesregierung hält trotz der Netzverkäufe von E.ON und Vattenfall am Ziel einer Verschmelzung aller vier Stromnetze in einer unabhängigen Netz AG fest.

ANREIZSYSTEM FÜR SYSTEMDIENSTLEISTUNGEN IM STROMBEREICH GESCHAFFEN

Die Bundesnetzagentur hat ein verbindliches Anreizsystem für Systemdienstleistungen im Strombereich eingeführt. Dadurch soll die Anerkennung der Kosten für Systemdienstleistungen im Stromübertragungsnetz geregelt werden. Basis der Festlegung ist eine freiwillige Selbstverpflichtung der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB), wonach die ermittelten Kosten für Systemdienstleistungen als dauerhaft nicht

beeinflussbar im Sinne der Anreizregulierung gelten sollen. Entsprechend dieser Kosten müssen die ÜNB ihre Erlösobergrenze sowohl nach oben als auch nach unten anpassen.

Künftig soll der in den Erlösobergrenzen anerkannte Betrag für die Systemdienstleistungen jedes Jahr an die Entwicklung der Marktpreise angepasst und dann um 1,25% reduziert werden. In Form eines Bonus-Malus-Systems werden dem jeweiligen ÜNB zusätzliche Anreize gesetzt, seine Kosten zu senken. Von jeder Überschreitung des festgelegten Zielwertes trägt dieser 25% der Mehrkosten, von jeder Unterschreitung darf er 25% der Einsparungen einbehalten. Die verbleibenden Mehr- oder Minderkosten fließen in die Erlösobergrenze ein. Die neuen Regelungen gelten ab 2010 zunächst bis zum Ende der ersten Regulierungsperiode im Jahr 2013.

ELEKTROMOBILITÄT: ERSTER »ENERGIELADEN« ERÖFFNET

RWE und enviaM haben in Berlin den ersten »Energieladen« Deutschlands eröffnet. Besucher können sich dort rund um das Thema Elektroautos und Ladesäulen informieren. Beratung, Elektrofahrzeuge und interaktive Exponate ermöglichen einen Einblick in die Elektromobilität.

Elektroautos wie der smart ed und der Fiat Micro-Vett 500 E werden in dem Laden präsentiert. Unternehmen und Privatpersonen werden zudem Komplettpakete aus Fahrzeug und Ladestation zum Verkauf oder Leasing angeboten. In dem Paket inbegriffen ist ein Technik-Support sowie die Lieferung von Ökostrom.



LBD-Beratungsgesellschaft mbH

Stralauer Platz 34
EnergieForum
(D) 10243 Berlin

KONTAKT

Tel.: +49 (0)30.617 85 310
Fax: +49 (0)30.617 85 330
www.lbd.de
christof.schorsch@lbd.de

Ansprechpartner:
Dr. Christof Schorsch

TERMINE

5. Erfahrungsaustausch Messen und Zählen

mit Andreas Gnilka und Dirk-Florian Müggenburg
Datum | Ort 04. und 05. März 2010 im Radisson Blu Hotel (Berlin)
Veranstalter LBD-Beratungsgesellschaft mbH

7. Erfahrungsaustausch Vertrieb

mit Claudia Schlemmermeier und Thomas Imber
Datum | Ort 22. und 23. April 2010 im EnergieForum (Berlin)
Veranstalter LBD-Beratungsgesellschaft mbH

13. Erfahrungsaustausch Marketing

mit Claudia Schlemmermeier und Thomas Imber
Datum | Ort 29. und 30. April 2010 im EnergieForum (Berlin)
Veranstalter LBD-Beratungsgesellschaft mbH

10. Erfahrungsaustausch unabhängiger Stadtwerke-Kooperationen

Der Erfahrungsaustausch ist ein Expertenforum für Führungskräfte von Kooperationsgesellschaften, das halbjährlich stattfindet. Diese Informationsplattform ist für interessierte Teilnehmer aus Stadtwerke-Kooperationsgesellschaften offen.

Datum | Ort 06. und 07. Mai 2010 in Berlin
Veranstalter LBD-Beratungsgesellschaft mbH und SynergieKomm – Agentur für Nachhaltigkeit und Innovation

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: LBD-Beratungsgesellschaft mbH
Redaktion: Dr. Christof Schorsch, Andreas Grätschus
Autoren: Nicole Folta, Jessica Faber, Thomas Imber, Eyk Bösche

HERAUSGEBERIN Die LBD berät im Energiemarkt seit 1988. Sie ist inhabergeführt und unabhängig, sie wurde in Berlin gegründet und beschäftigt rund 40 Mitarbeiter. Unsere Kunden sind Erzeuger und Händler, Industrie, Stadtwerke, Dienstleister und Kommunen. Wir beraten sie bei der Gewinnung von Effizienz, in ihrem Geschäft mit Energie und Emissionen, bei ihrer Expansion und in den Endkundenmärkten – entlang der gesamten Wertschöpfungskette.